

Jede Erweiterung erhöht die Diversität der Europäischen Union in Form von geographischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Unterschieden zwischen den Staaten, Differenzen im politischen Engagement der Eliten und Wähler sowie Dissens über den wünschenswerten Umfang der Integration. Der Integrationsprozess hat frühere Erweiterungen dank eines europapolitischen Grundkonsenses der Mitgliedstaaten relativ rasch verarbeitet. Die Aufnahme ehemaliger EFTA-Staaten wie Dänemark, Grossbritannien oder Schweden hat die Grenzen dieses Grundkonsenses jedoch klarer zutage treten lassen. Die anstehenden Osterweiterungen bescheren der Union einen ausserordentlichen Diversitätsschub und dürften zu einer weiteren Pluralisierung der europapolitischen Positionen führen.

Die klassische Methode legte bislang die Hauptlast der Anpassungskosten auf die Schultern der beitretenden Staaten, nicht auf jene der Union. Sie wird angesichts der Zahl und Heterogenität der Bewerber in Frage gestellt. Erstmals musste die Union vorgängig ihre eigene Erweiterungsfähigkeit sicherstellen. Trotzdem besteht die EU vorerst weiterhin auf einer Übernahme des *Acquis*, wenn auch mit langen Übergangsfristen. Die Forderung, den *Acquis* so zu übernehmen wie er sich zum Zeitpunkt der Beitrittsverhandlungen präsentiert, ist jedoch umso weniger glaubwürdig, je mehr Sonderlösungen und *opt-outs* bereits für die EU-Mitgliedstaaten bestehen. Flexible Lösungen für die Mitglieder gab es bisher vor allem in Randbereichen der Gemeinschaft (z.B. Forschung, Umweltpolitik) und bei noch nicht vorhandener Gemeinschafts- bzw. Unionsreife bestimmter Sachgebiete (z.B. WEU, Schengen, Sozialcharta, Währungsunion), aber nicht im Rahmen des Binnenmarkt-*Acquis*. Sonderlösungen müssen gut begründet werden, und «künftige Mitglieder (...) sollten aufzeigen, wie die Abweichungen, die sie verlangen, im weiteren Sinne vereinbar sind mit den Zielen der Europäischen Union».<sup>215</sup>

#### *4.1.2 Bevorstehende Erweiterungen*

Die Hauptprobleme der Osterweiterung bilden neben den effizienzbedingten institutionellen Reformen die Agrar- und Strukturpolitik und

---

<sup>215</sup> Nicolaidis 1998, 12.